

willig aufgreife; der „anämische Zustand vieler Routine-Christen, deren Glaube oberflächlich ist und denen es an geistigem Leben und überzeugender religiöser Praxis mangelt“; die Trennung zwischen Glaube und Leben, die zur Doppelmoral führe; die verbreitete Areligiosität unter der spanischen Jugend.

Als ersten Schritt zur Erfassung der religiösen Praxis der spanischen Katholiken kündigten die Bischöfe eine *Umfrage zum Gottesdienstbesuch* an; die letzten diesbezüglichen Erhebungen stammen von 1972. Ein von den Bischöfen verabschiedetes Dokument über die *Rolle der Ordensgemeinschaften* im Leben der Kirche fordert von den mehr als 100 000 spanischen Ordensleuten (79 858 Frauen, 20 749 Männer) eine weitgehende Einfügung in das kirchliche Leben der jeweiligen Diözese. Das Papier ist das erste konkrete Ergebnis des von der Vollversammlung bekundeten Willens, „alle charismatischen Kräfte zu sammeln“ (Erzbischof Díaz Merchán) und in den pastoralen Dienst der Kirche zu stellen. Obwohl die Bischöfe in politischen Fragen gegenwärtig deutliche Zurückhaltung üben, veröffentlichten sie im Rahmen der Vollversammlung

eine Erklärung zur Arbeitslosigkeit, die aber über eine Wiederholung des Standpunkts und der allgemeinen Forderungen der Kirche in dieser Frage nicht hinausreicht.

Es bleibt abzuwarten, ob es den Bischöfen gelingt, die pastorale Priorität in ein programmatisches Konzept umzusetzen, das Priester und Gläubige erreicht. Zu dem aufrichtigen Bemühen des neuen Präsidenten, nach allen Seiten integrierend und harmonisierend zu wirken, müßte die Ermutigung des Klerus und der religiösen Kräfte an der Basis kommen, die von den Bischöfen bisher mehr geduldet als gefördert wurden. Dazu gehören zum Beispiel die Veranstalter und Teilnehmer des einwöchigen Kongresses über „Theologie und Armut“, der im September vergangenen Jahres in Madrid stattfand. Die positiven und teilweise euphorischen Kommentare über das Niveau der theologischen Beiträge, der Buß- und Eucharistiefeiern und über das gute Gesprächsklima werteten den Kongreß als Anzeichen für die auflebenden Kräfte im spanischen Katholizismus. Sie bedauerten lediglich das demonstrative Desinteresse der spanischen Bischöfe.

G. B.

Vorsitzende der chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung, Bischof *Zong Huaide* von der Diözese Jinan (Provinz Shandong), führte den Vorsitz bei dieser Feier, an der weitere 20 Bischöfe teilnahmen. Die fünf neuen Bischöfe, die in geheimer Wahl vom Klerus und den Gläubigen ihrer Diözese gewählt wurden (so der offizielle Bericht vom 24. 7. 1981 der New China News Agency), sind: *Paul Xu Zhenjiang* (61) für die Diözese Shenyang (Mukden) im Norden Chinas; *Augustin Zhao Jingnong* (72) für die Diözese Tianshui, ebenfalls in Nordchina; *Joseph Qian Huimin* (70) für die Diözese Nanjing (Nanking); *Mathias Ma Longlin* (64) für die Diözese Suzhou in Ostchina und *Laurence Zhang Wenbin* (68) für die Diözese Dali in der Provinz Shanxi. Es wurde betont, daß die Wahl durch Klerus und Volk der jeweiligen Diözese von der chinesischen Bischofskonferenz in einer eigenen Sitzung anerkannt wurde. Nach der Weihe gab es auch einen offiziellen Empfang durch die Regierung, bei dem der Vize-Ministerpräsident *Yang Jingren* die neugeweihten Bischöfe ermunterte, „den Geist des Patriotismus zu wahren und an der unabhängigen Verwaltung der Kirche festzuhalten“.

Am 27. September 1981 fanden in Guangzhou (Kanton) zwei weitere *Bischofsweihen* statt, die in der offiziellen Presse der Volksrepublik nicht erwähnt wurden. Nach Berichten aus Hong Kong handelt es sich um *John Tsai Tai-yuen* (59) für die Diözese Swatow und *Peter Paul Li Poon-sek* (68) für die Diözese Kiangmen. Beide Diözesen liegen in der Provinz Guangdong und sind Suffragane der Diözese Kanton (China Bulletin, 3 [1981] 5f.). Noch mehr als bei den anderen Bischofsweihen stehen die beiden letzteren im Zusammenhang mit der negativen Reaktion der patriotischen Vereinigung auf die Ernennung von *Domenicus Tang* zum Erzbischof von Kanton durch den Papst im Juni 1981. Die patriotische Vereinigung hatte Tang deswegen als Bischof von Kanton für abgesetzt erklärt. Trotz Spekulationen, inwieweit in der Person des Bischofs *Ye Yinyun*, der Bischof der Diözese Huiyang – ebenfalls

China: religiöse Freiheit nur für „Patrioten“?

Die Entsendung einer offiziellen katholischen Delegation zur internationalen Konferenz „Gottes Ruf zu einem neuen Anfang“ über China im Oktober 1981 in Montréal war allgemein als ein Zeichen einer Fortführung des Kurses einer vorsichtigen Öffnung Chinas verstanden worden (vgl. HK, Dezember 1981, 614–618). Doch gab es zur gleichen Zeit und verstärkt danach eine Reihe von Ereignissen, die der These von einem „neuen Anfang“ direkt zu widersprechen scheinen. Es gab eine Reihe von *Bischofsernennungen und -weihen* ohne Zustimmung Roms. Es wurde von Verhaftungen von Priestern und Laien berichtet. Reichen diese Ereignisse aus, von einer Wende in der Religions-

politik Chinas zu reden, wie manche Beobachter meinen? Ihre These ist, daß die chinesische Politik im allgemeinen und die Religionspolitik im besonderen immer Perioden des Auf und Ab gekannt habe. Nach der schon verhältnismäßig langen Periode (1978–1981) einer relativen Öffnung sei jetzt wieder die Phase der Beschneidung der Religionsfreiheit und der Repressalien gegen unliebsame Priester und Gläubige gekommen. Bevor eine Antwort auf diese Frage gegeben werden kann, sollen die Ereignisse berichtet werden.

Mit großer Beteiligung von Presse, Funk und Fernsehen wurden am 24. Juli 1981 in der Nantang Kirche in Peking *fünf neue Bischöfe* geweiht. Der

in der Provinz Guangdong – ist und seit langem in Kanton lebt, ein Nachfolger erwachsen ist, scheint die patriotische Vereinigung bisher von einer formellen Ernennung eines Nachfolgers für Domenico Tang abgesehen zu haben. Bischof Tang wartet in Hong Kong auf eine Klärung der Lage und hält sich für eine eventuelle Rückkehr nach Kanton bereit.

Schon im August 1981 wurde der erst Anfang des Jahres aus der Haft entlassene Jesuitenpater *Taddeus Tsai Liang-shen* (64) wieder in ein Arbeitslager zurückgeschickt, ohne daß diese Maßnahme mit konkreten Vorwürfen begründet wurde. Im November wurden ebenfalls in Shanghai vier Priester festgenommen: die drei Jesuiten, *Vincent Zhu Hong-shen* (65), *Joseph Chen Wun-tang* (73), *Stanislaus Shen Bai-shun* (79), und der Weltpriester *Fu He-zhou* (70). Im Falle von P. Zhu wurde als Begründung der Maßnahme angegeben, daß er den Kontakt mit dem Heiligen Stuhl aufrechterhalten und religiöse Informationen ans Ausland gegeben habe. Allen vieren wurde die Weigerung, in die patriotische Vereinigung einzutreten, vorgeworfen. Anfang Dezember wurde dann aus Hong Kong gemeldet, daß weitere 20 Priester und Laien in Shanghai festgenommen worden seien. *Von den elf in Shanghai lebenden Jesuiten soll keiner mehr in Freiheit sein.* Aus vier anderen Provinzen in China wurde zur gleichen Zeit die Festnahme von insgesamt zehn Katholiken gemeldet. Die Verhaftung von drei Priestern und drei Laien in Wuzhou, Guangxi Provinz, wurde im Zusammenhang mit der Beerdigung des 90 Jahre alten Priesters Tang vorgenommen.

Von den Vertretern der kommunistischen Partei und der patriotischen Vereinigung wurden diese Maßnahmen später damit begründet, daß nur so der Schutz der „normalen religiösen Betätigung“ sichergestellt werden könne. Diese Aussagen wurden im Zusammenhang mit der 4. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (November-Dezember 1981) in Peking auf der parallel dazu tagenden politischen *Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes* vom stellvertretenden Lei-

ter der Einheitsfront im Zentralkomitee, Zhang Zhiyi, abgegeben. Seitens der patriotischen Vereinigung gab Bischof *Zhang Jia-shu* (88) seine Zustimmung zu diesen Maßnahmen, weil damit die „Reinheit der Kirche und die Beendigung von illegalen Aktivitäten“ erreicht worden sei.

Zunächst ist festzuhalten, daß der *Schwerpunkt der Maßnahmen in Shanghai* liegt. In keinem anderen Ort hat die Auseinandersetzung zwischen der patriotischen Vereinigung und den „romtreuen Katholiken“ einen so harten Verlauf genommen wie dort. Der rechtmäßige Bischof, *Ignatius Kong Pingmei*, ist seit 1955 inhaftiert. Von Amnesty International wurde er im Oktober 1981 zusammen mit 15 anderen vergessenen Gefangenen zum „Gefangenen des Gewissens“ (prisoner of conscience) erklärt. Der Widerstand gegen die patriotische Vereinigung und den von ihr ernannten Bischof *Zhang Jia-shu* hat nie wirklich aufgehört. Das Erstarken eines religiösen Lebens außerhalb der offiziellen Gottesdienste der patriotischen Vereinigung, die Kontaktmöglichkeiten mit dem Ausland, die die Hafenstadt Shanghai bietet, und andere Aktivitäten der romtreuen Christen haben offensichtlich die Vertreter der patriotischen Vereinigung verunsichert. Die Maßnahmen gegen einzelne Priester und Laien sollen offenbar deutlich machen, daß religiöse Betätigung und vor allem Ansätze von religiöser Organisation außerhalb der patriotischen Vereinigung von dieser und von den Vertretern des Staates und der kommunistischen Partei als „illegale Aktivitäten einiger Konterrevolutionäre und schlechter Elemente unter dem Deckmantel der Religion“ angesehen werden. Diese Maßnahmen sind daher wohl weniger als eine Änderung der allgemeinen Religionspolitik zu verstehen, sondern stehen in einem unlösbaren Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der katholischen Christen, die über die Frage der *Beziehungen zum Papst* und der Form der Bischofsernennungen immer noch gespalten sind. Für diese Annahme spricht, daß keine Verhaftungen von protestantischen Christen berichtet werden, und die Neuformierung des

religiösen Lebens unter Protestanten offensichtlich ungestört weitergeht.

In diesem Zusammenhang verdient ein Beitrag in der „Beijing Rundschau“ (Nr. 46, November 1981) mit der Überschrift „Über die Religionsfreiheit“ Beachtung. *Lei Zhenchang*, der als Mitarbeiter im Institut für Religionen vorgestellt wird, stellt zunächst klar, daß die „Bekämpfung des Theismus ein grundlegendes Prinzip aller Materialisten und Marxisten“ sei. Doch sei es unrealistisch anzunehmen, daß mit der Entwicklung der Wissenschaft und Technik die Religion von selbst verschwinde. Daher sei eine „Religionspolitik“ auch für einen atheistischen Staat notwendig. Ausdrücklich bestätigt er: „Die in der Verfassung der Volksrepublik verankerte Religionsfreiheit ist die grundlegende Politik von Partei und Staat hinsichtlich der Religion.“ Dies bedeute die Freiheit des einzelnen, sich einer Religion anzuschließen. Die Inhaber eines kirchlichen Amtes hätten die Freiheit, „im religiösen Bereich den Theismus zu propagieren“. Wie diese Tätigkeit im „religiösen Bereich“ zu verstehen ist, wird weiter verdeutlicht: „Die Religion darf sich der Verfassung und den Gesetzen des Staates nicht widersetzen noch im Namen der Religion Ausbeutung und Unterdrückung begehen. Religiösen Organisationen in China ist es nicht gestattet, Spenden und Geschenke von ausländischen religiösen Körperschaften anzunehmen. Das heißt, die religiösen Kreise müssen patriotisch sein und sich strikt auf den Rahmen des persönlichen Glaubens beschränken.“

Diese erklärenden Bemerkungen zur Religionsfreiheit stehen im Zusammenhang mit der *allgemeinen Politik von Partei und Staat* in China, sich an der ideologischen Front gegen bürgerlich-liberale Tendenzen zu wenden, die, wie es im Parteijargon heißt, damit spekulieren, die „Führung durch die kommunistische Partei abzuschütteln und sich vom sozialistischen Weg abzuwenden“. Die hier angesprochene Tendenz wird in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Zhao Ziyang am 30. 11. 1981 (Beijing Rundschau, 22. 12. 81) ausführlich dargestellt und bekämpft.

Dort werden viele andere Erscheinungen wie Korruption, Ämterpatronage, Unterschlagungen, Ultraindividualismus, Anarchismus, Bürokratismus genannt, die alle daran arbeiteten, das „sozialistische Werk zu untergraben“. An dieser Stelle werden die Religionen aber nicht erwähnt. Dies macht wohl deutlich, daß die Fragen der Religionspolitik gegenwärtig nicht im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Die Ereignisse der letzten Monate bezeichnen einmal die bleibende Widersprüchlichkeit der chinesischen Religionspolitik, die auch Lei Zhenchang in seinem Artikel über die Religionsfreiheit anspricht, wenn er feststellt: „In China, einem sozialistischen Land, wird die Politik der Religionsfreiheit

durchgeführt, und die kommunistische Partei propagiert den Atheismus. Wie läßt sich das miteinander vereinbaren?“ Dies ist aber nur eine Seite der Problematik. Speziell für die katholische Kirche gilt der *fortdauernde Konflikt zwischen der vom Staat „anerkannten Kirche“ und den romtreuen Katholiken*, der sich verschärft hat. Die patriotische Vereinigung hat die Leitung der offiziell wiedereröffneten Kirchen; sie ist dabei, ein Priesterseminar einzurichten und für den theologischen Nachwuchs zu sorgen. Dabei stört sie die bleibende Ablehnung von vielen Katholiken, und sie reagiert allergisch auf Schritte seitens römischer Stellen, durch die sie ihre schwache Autorität weiter untergraben fühlt.

Auf der anderen Seite gibt es Anzeichen für die Entstehung einer *dritten Gruppe* Katholiken, die in ihrem Herzen romtreu sind, andererseits aber nicht auf gottesdienstliche Betreuung verzichten wollen und daher an den Gottesdiensten der patriotischen Vereinigung teilnehmen. Es bleibt festzuhalten, daß die katholische Kirche in China weiter unter starken äußeren und inneren Spannungen zu leiden hat. Es ist schwer vorstellbar, wie eine Lösung möglich sein kann, wenn nicht alle beteiligten Gruppen, sowohl die romtreuen Katholiken und die patriotische Vereinigung als auch vatikanische Stellen und Partei und chinesischer Staat, in irgendeiner Form aufeinander zu gehen. G. E.

Entwicklungen

Polen: Verständigung gescheitert

Die Kirche denkt an die Zeit nach dem Kriegsrecht

Durch die Machtübernahme der Militärs in Polen in der Nacht zum 13. Dezember 1981 sind zwei parallel laufende, zum Bedauern vor allem der Kirche höchst selten einander berührende Chronologien in jeder Hinsicht gewaltsam verschmolzen worden. Die Linie der Verständigung und die Linie des Konflikts schienen gleichermaßen gekappt, und keiner der im zweiten Monat des Kriegsrechts gemachten Prognosen ist zu entnehmen, wie rasch und ob überhaupt Polens Machthaber auf Elemente der „alten“ Linie der Verständigung zwischen Regierung, Kirche und „Solidarität“ zurückgreifen werden.

Vergebliche Appelle des Primas

Wie lange sich jene beiden Chronologien der Verhandlungen und der Konfrontation hätten fortschreiben lassen, bleibt offen. Vielleicht wäre der von der „Solidarität“ für den 17. Dezember ausgerufene „Tag des nationalen Protestes und der Einheit“ wiederum so verlaufen wie vorangegangene Kraftproben, bei denen keine Seite stark genug war, den Konflikt für sich zu entscheiden. Vielleicht hätte der Sejm die am 21. Dezember beabsichtigte Lesung des Entwurfs für ein Ausnahmegesetz noch einmal verschoben. Vielleicht hätte es eine Art Weihnachtsruhe und einen zweiten Dreiergipfel zwischen Armeege-

neral *Wojciech Jaruzelski*, Primas *Jozef Glemp* und Gewerkschaftsführer *Lech Walesa* gegeben. Bruchstücke der Wirtschaftsreform wären am 1. Januar in Kraft getreten, von der Gewerkschaft halb kritisiert, halb akzeptiert. Vielleicht hätte „Solidarität“ das auf den 15. Februar befristete Ultimatum verlängert, der Regierung Jaruzelski per Referendum die Vertrauensfrage zu stellen.

Aber vermutlich war die Konfrontation unausbleiblich. Hätte sie sich anders vollziehen können als geschehen? Trotz aller Andeutungen und Vermutungen fehlt hierzu eine plausible Antwort. Sicher ist: ohne die Sowjets – wie auch immer Ursache und Wirkung beschrieben werden mögen – hätte es keinen 13. Dezember gegeben. Aber noch im Sommer vergangenen Jahres (vgl. HK, September 1981, 439–441) deutete keineswegs alles auf die große Konfrontation hin. Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des „Solidarität“-Kongresses im September brachten auch Momente der Zuversicht. Auch das am 4. November zustande gekommene *Spitzengespräch zwischen Regierungschef, Primas und Gewerkschaftsführer* hatte neue Hoffnungen, geweckt.

Am 26. August, knapp zwei Monate nach seiner Ernennung zum Erzbischof von Gnesen und Warschau, hatte Polens neuer Primas, *Jozef Glemp*, anknüpfend an sein erstes Gespräch mit dem damaligen Parteichef Kania am